

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet
---	---	---

Verbandskollegen! Sorgt dafür, daß sich kein Unternehmer um die Zahlung der von der Bundesgeneralversammlung beschlossenen Zulagen drückt!

Die Entwertung der Arbeitskraft während des Krieges.

Jeder Warenverkäufer hält es für ganz selbstverständlich, daß die Preise seiner Waren steigen müssen, wenn die Herstellungskosten für diese Waren gestiegen sind. Die Warenverkäufer müssen sich dann ohne weiteres mit einer Erhöhung der Preise abfinden. Sie tun das auch; denn kein Mensch erwartet von den Warenverkäufern, daß sie ihr Vermögen zuteilen sollen, um trotz der gestiegenen Herstellungskosten zum alten Preise verkaufen zu können. Jeder Kapitalist wird es sogar für selbstverständlich halten, daß der Warenverkäufer aus seiner Tätigkeit noch einen Gewinn erzielen müsse, der ihm ein auskömmliches Leben sichere und ihm auch die Ansammlung eines kleinen Vermögens gestatte. Das hält man, sagen wir, bei jedem Warenverkäufer für selbstverständlich. „Dne Profit raucht kein Schornstein“, lautet ein bekanntes Sprichwort.

Es ist seltsam, daß dieses Verständnis sofort aufhört, wenn es sich um die Verkäufer der Ware Arbeitskraft handelt. Auch die Ware Arbeitskraft muß hergestellt werden, auch dafür werden Kosten aufgewendet. Alles, was der Arbeiter zur Fristung seines Lebens, zur Erhaltung seiner Arbeitskraft und seiner Familie bedarf, fällt unter diese Kosten. Ist es da nicht selbstverständlich, daß auch die Preise für die Ware Arbeitskraft steigen müssen, wenn die Kosten für ihre Herstellung steigen? Ja, das wäre ganz selbstverständlich — wenn man den Verkäufern der Ware Arbeitskraft das gleiche Recht zu gestände, das allen andern Warenverkäufern zugesprochen wird. Aber ebenso energig, wie die Verkäufer gewöhnlicher Waren für sich das Recht der Preissteigerung in folge erhöhter Herstellungskosten in Anspruch nehmen, ebenso entschlossen wird von ihnen in der Regel dem Arbeiter das Recht bestritten, den Preis seiner einzigen Ware den gestiegenen Herstellungskosten anzupassen. Schlag auf Schlag wurden seit Ausbruch des Krieges die Preise für fast alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände erhöht. Weder von den Bauern noch von den Fabrikanten, noch von den Händlern erwartet man, daß sie für die Volksgemeinschaft ihr Vermögen zuteilen, ja, man muß es sogar erleben, daß ein großer Teil dieser Volksgenossen während des Krieges sein Einkommen verdoppelt und verdreifacht und sein Vermögen gewaltig erhöht hat. Wenn aber die Arbeiter nicht etwa ihre Lebenshaltung verbessern, auch nicht einmal den Preis für ihre Ware Arbeitskraft den gestiegenen Herstellungskosten anpassen wollen — denn so weit gehen ihre Ansprüche während des Krieges gar nicht —, wenn sie nur einer übermäßigen, ihre Existenz gefährdenden Entwertung ihrer Arbeitskraft entgegenwirken, so hört plötzlich bei den Unternehmern das Verständnis auf, das man jetzt, wenn andern Warenverkäufern entgegentritt. Man vermisst, daß die Ware Arbeitskraft schon deshalb vor einer übermäßigen Entwertung geschützt werden müßte, weil auf ihr die Kraft und die Leistungsfähigkeit des Volkes beruht.

Der Wert der Arbeitskraft wird bekanntlich nicht am Nominal- oder Geldlohn, sondern am Reallohn gemessen, an der Menge Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die der Arbeiter für seinen Lohn erhalten kann. Je mehr Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände er für seinen Lohn bekommt, um so höher bewertet ist seine Arbeitskraft und umgekehrt. Sehen wir nun einmal zu, wie sich die Kaufkraft des Lohnes und die Bewertung der Arbeitskraft in den letzten beiden Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges und wie sie sich während der Dauer des Krieges im Baugewerbe gestaltet hat.

Im Jahre 1895 belief sich der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer (einschließlich Spezialarbeiter) nach einer in jenem Jahre vom Bauarbeiterverband aufgenommenen Lohnstatistik auf 34,8 Pf. Die Sommer-

arbeitszeit betrug damals in 346 Lohngebieten 10 Stunden (für 10 Stunden war sie nirgendwo), in 80 Lohngebieten 10½, in 844 11 und in 102 Lohngebieten über 11 bis 13 und 14 Stunden. Nehmen wir, da in den Lohngebieten mit zehnstündiger Arbeitszeit verhältnismäßig mehr Maurer beschäftigt waren als in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten mit längerer Arbeitszeit, eine durchschnittliche Arbeitszeit von 10½ Stunden an, so erhalten wir bei 239 für den Maurer durchschnittlich in Frage kommenden Arbeitstagen ein Jahreseinkommen von M. 873. Im Jahre 1914 war der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer, dank der Tätigkeit der Organisation, auf etwa 60 Pf. gestiegen. Die tägliche Arbeitszeit betrug im Höchstfalle 10, im Durchschnitt etwa 9½ Stunden. Bei 239

Das Ende der Lehrzeit

ist in diesen Tagen für viele junge Kollegen gekommen. Verbandsmitglieder! Sorgt überall dafür, daß die Ausgelernten bis auf den letzten Mann dem Verbands beitreten!

Gleichzeitig wird wieder eine Anzahl Schulentlassener neu ins Gewerbe eintreten. Sie alle — und auch die Älteren noch nicht organisierten Lehrlinge — müssen unverzüglich den Jugendabteilungen zugeführt werden!

Arbeitsstagen ergibt das ein Jahreseinkommen von M. 1362. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der deutschen Maurer war also nach dieser schematischen Berechnung in rund zwei Jahrzehnten trotz der um 239 Stunden kürzeren Arbeitszeit, um M. 489 oder rund 56 pZt. gestiegen, während nach den Salverischen Aufzeichnungen die Lebensmittelpreise von 1896 bis Juli 1914 um rund 32 pZt. gestiegen waren.

Wollen wir nun die Kaufkraft des Lohnes oder die in Lebensmitteln ausgedrückte Bewertung der Arbeitskraft im Jahre 1896 und im Juli 1914 feststellen, so müssen wir zu ergründen suchen, wieviel Lebensmittel der Maurer im Jahre 1896 und wieviel er im Juli 1914 für seinen Lohn kaufen konnte. Da ergibt sich nun folgendes:

Im Jahre 1896 kostete die dreifache Ration des Marineoldaten (Familierration) M. 19,01 in der Woche. Das macht M. 883,52 im Jahre. Das Jahreseinkommen des deutschen Maurers betrug damals im Durchschnitt 873. Wenn man annimmt, daß der Maurer 60 pZt. dieses Einkommens — M. 524 für Nahrungsmittel ausgeben konnte, während er mit dem Rest seines Einkommens seine übrigen Bedürfnisse befriedigte, so konnte er damals rund 53 pZt. der Familierration kaufen. Im Juli 1914 kostete die Familierration M. 25,12 in der Woche. Das macht M. 1306,24 auf das Jahr. Wenn jetzt der Maurer 60 pZt. seines M. 1362 betragenden Einkommens — M. 817 für Lebensmittel ausgab, so bekam er dafür rund 63 pZt. der Familierration. Seht man die Menge Lebensmittel, die der Maurer 1896 im Durchschnitt kaufen konnte, gleich 100, so erhält man für Juli 1914 die Summe von 119. Der Maurer konnte also im Juli 1914 von seinem Einkommen um rund 19 pZt. mehr Lebensmittel kaufen als im Jahre 1896. Um diese 19 pZt. ist die Kaufkraft seines Lohnes gestiegen, um so viel ist seine Lebenshaltung verbessert worden, um so viel war seine Arbeitskraft höher bewertet als im Jahre 1896. Dazu kommt noch die Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich eine Stunde den Tag, ein Gewinn an freier Zeit, durch den sich die Maurer mit Hilfe ihrer Organisation überhaupt erst eine feste Grundlage zu ihrer kulturellen Hebung schufen.

Wie haben sich nun die Dinge während des Krieges gestaltet? Sehen wir zu:

Im Januar 1916 kostete die Familierration nach Galver wöchentlich M. 41,26. Diesen Preis für das ganze Jahr als gleich vorausgesetzt — in Wirklichkeit ist er schon heute beträchtlich höher — ergibt für das Jahr M. 2145,52. Die Steigerung beträgt gegen Juli 1914 M. 839,28 = 64,81 pZt., gegen 1896 M. 1157 = 117 pZt. Wenn der Maurer nun M. 817 für Nahrungsmittel ausgibt, so erhält er dafür nur noch 38 pZt. der Familierration gegen 53 pZt. im Jahre 1896 und 63 pZt. im Juli 1914. Seht man die Menge Lebensmittel, die der Maurer im Juli 1914 von seinem Einkommen kaufen konnte, gleich 100, so erhält man jetzt nur noch 60,3. Mit andern Worten: Die Lebenshaltung des Maurers ist von Juli 1914 bis Januar 1916 von 100 auf rund 60 zurückgegangen; die Kaufkraft seines Lohnes ist um 40 pZt. gesunken, seine Arbeitskraft ist um 40 pZt. entwertet worden. Die Lebenshaltung des Maurers im Januar 1916 stand sogar noch um 28,5 pZt. hinter der vom Jahre 1896 zurück; denn im Januar 1916 konnte der Maurer von 60 pZt. seines Einkommens nur noch 71,5 pZt. der Lebensmittelmenge kaufen, die er 1896 für den gleichen Prozentsatz kaufen konnte. Von allen seinen Erwerbsgeschäften seit dem Jahre 1896 ist ihm nichts geblieben als die Verkürzung der Arbeitszeit und einige andere kleine Verbesserungen.

Wie hoch müßte nun das Einkommen des Maurers heute sein, wenn er 1. wieder die Lebenshaltung wie vor dem Kriege, 2. wieder die Lebenshaltung wie 1896 erreichen wollte? Nun, vor dem Kriege konnte er 63 pZt. der Familierration kaufen, 1896 53 pZt.. Die Familierration kostet heute — das heißt nach den Zahlen im Januar — M. 2145,52 im Jahre. 63 pZt. dieser Summe sind M. 1351,68; 53 pZt. sind M. 1137,32. Der Maurer müßte also, wenn er so leben wollte wie vor dem Kriege, für Nahrung im Jahre M. 1351,68 ausgeben; wenn er so leben wollte wie 1896, wäre immer noch eine Ausgabe von M. 1137,32 nötig. Da er nur 60 pZt. seines Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben kann, so müßte sein Einkommen im ersten Falle M. 2252,80, im zweiten Falle M. 1895,53 betragen. Es wäre also im ersten Falle eine Steigerung seines Jahreseinkommens um M. 901,12, im zweiten Falle eine solche um M. 758,21 notwendig, um einen wirklichen Ausgleich für die Verteuerung der Lebensmittel herbeizuführen. Rechnen wir diese Summen auf 239 Arbeitstage zu durchschnittlich 9½ Stunden = 2370 Stunden um, so ergibt sich, daß eine durchschnittliche Lohnsteigerung um 37,5 Pf. die Stunde notwendig wäre, wenn dem Maurer wieder die Lebenshaltung ermöglicht werden sollte wie vor dem Kriege, und daß die Lohnsteigerung 32 Pf. betragen müßte, wenn der Maurer auch nur so sollte leben können wie 1896.

Achtung! Steigen die Dinge für die übrigen baugewerblichen Arbeitergruppen. Daraus mag man ersehen, wie „unangemessen“ die vom Arbeitgeberverband beschlossene Zulage von durchschnittlich 5 Pf. die Stunde ist und wie „unbefriedigend“ die Forderungen der Arbeiter sind!

Nun genügt es dem Arbeitgeberverband noch nicht, daß die Arbeitskraft der Bauarbeiter durch den Krieg in vorstehend geschilderter Weise entwertet wurde, er möchte den Arbeitern auch noch ihre in jahrelangen Kämpfen unter den größten Opfern erzwungenen sonstigen Verbesserungen entreißen. Insbesondere möchte er die Arbeitszeit wieder verlängern, das Ueberstundenwesen ausdehnen und im Zusammenhang damit die Zuschläge für Ueberstunden abschaffen. Mögen unsere Kollegen überall auf dem Posten sein, damit die Unternehmer die Zeit des Burgfriedens nicht auch noch zu diesen Verfehlungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ausnützen können!



Eine vielfagende Rechnung.

(Den Bauunternehmern zur Beachtung.) Die Königsberger Volkszeitung vom 28. März schreibt: In der 'Chemiker-Zeitung' finden wir folgende Notiz über die Verpflegungssätze bei der Beschäftigung von Kriegsgefangenen:

Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Industrie entsprechen die Rinderergütungen für Verpflegung und Unterkunft keineswegs den jetzigen hohen Lebensmittels- und Materialpreisen und legen daher den Betreibern, welche Kriegsgefangene beschäftigen, eine nicht unerhebliche Last auf. Der Normallohn für die Unterkunft in Höhe von 15 % für den Tag und Kopf könnte einigermassen als ausreichend betrachtet werden, sofern eine sehr große Anzahl von Kriegsgefangenen an ein und derselben Stelle untergebracht werden kann. Dagegen trägt der Satz für die Verpflegung auch jetzt der fortdauernden Teuerung der Lebensmittel nicht genügend Rechnung. Die Selbstkosten der Industrie dürften jetzt mindestens, wenn man die von der Militärverwaltung eingehende Scala berücksichtigt, bei einer Beschäftigung von 1 bis 50 Mann je Tag einen Tag und von mehr als 50 Mann je Tag 1,20 für einen Tag betragen. Der leitende Kriegsminister, der Bundesminister und der Staatssekretär des Innern sind ersucht worden, im Interesse der Industrie die Verpflegungssätze sobald wie möglich auf die angegebenen Zahlen zu erhöhen.

Diese Notiz sowie die erwähnte Eingabe an die Regierung enthalten ein wichtiges Zugeständnis. Es wird darin gesagt, daß die täglichen Selbstkosten für die Verpflegung eines Kriegsgefangenen in Höhe von 1,20 bis 1,80 pro Tag, wenn nicht mehr als 50 Gefangene gleichzeitig verpflegt werden können. Damit ist eine außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung von den Unternehmern ausdrücklich anerkannt. Zugleich aber haben die Herren so etwas wie ein Existenzminimum festgelegt. Wir dürfen doch wohl erwarten, daß die Unternehmer ihren Arbeiter nicht zumuten werden, mit weniger pro Tag auszukommen, als sie sich selber zu ernähren, als die Kriegsgefangenen ernährt werden. 1,20 pro Tag muß also jeder Arbeiter für seine Ernährung allemindestens einbringen dürfen! Es wird auch, so hoffen wir, einlässliche Untersuchungen zugewiesen, daß die Frau eines Arbeiters für ihre Ernährung mindestens denselben Betrag haben muß, der für einen Kriegsgefangenen aufgewendet wird, also gleichfalls 1,20 pro Tag. Für die größeren Kinder wird man eigentlich nicht viel weniger einsetzen können. Weil das jedoch schwer zu bemessen ist, wollen wir für jedes Kind nur durchschnittlich die Hälfte, also 90 % pro Tag, als Ernährungslohn ansehen. Eigentlich müßten ja alle diese Summen etwas nach oben aufgerundet werden; denn die Familie kann nicht so im großen und bestfalls nicht so billig einkaufen wie der Unternehmer, der 50 Gefangene beschäftigen muß. Doch lassen wir es bei den von den Unternehmern als Mindestbetrag ausgerechneten Summen und stellen wir danach ein Exempel auf, um zu ermitteln, was denn nun heute eine Familie zur Ernährung braucht. Wir nehmen die deutsche Durchschnittsfamilie, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Diese hätte dann für die Ernährung aufzuwenden pro Woche:

Für den Mann 7 x 1,20 = 8,40
Für die Frau 7 x 1,20 = 8,40
Für drei Kinder 3 x 7 x 0,90 = 18,90

Für die Familie pro Woche M. 44,10

M. 44,10 pro Woche allein für die Ernährung! Und das bei Beschränkung auf das Allernötigste, bei Vermeidung aller überflüssigen Ausgaben! Denn die Ernährung der Kriegsgefangenen ist Beschränkung auf das Notwendigste unter Ausschaltung aller Ausgaben für Genussmittel. Deshalb ist es gewiß auch nicht zuviel verlangt, wenn wir für die Ernährung der Arbeiterfamilie allemindestens den Betrag als Kosten ansehen, den die Unternehmer für die Verpflegung der Kriegsgefangenen fordern.

So die Königsberger Volkszeitung. Was sagen unsere Unternehmer zu diesen Berechnungen. Bekanntlich belief sich im Juni vorigen Jahres der volle Sommerlohn des Maurers im Durchschnitt nur auf M. 28,28, der des Bauhilfsarbeiters nur auf M. 28,50. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter verdienen also bei weitem nicht so viel, wie sie nach obiger Berechnung allein für ihre

Ernährung ausgeben müßten. Sie müssen sich aber doch auch kleiden, müssen wohnen und Steuern zahlen, müssen Geld für Heizung und manches andere, ganz besonders auch für die Zeit haben, wo sie ohne Arbeit sind. — Der Arbeitgeberverband sagt: eine Zulage von durchschnittlich 5 % für Maurer und Bauhilfsarbeiter sei angemessen!

An die Väter und Mütter schulentlassener Kinder!

Die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands schreibt uns: In diesen Tagen treten wieder große Scharen von Arbeiterkindern ins Erwerbsleben ein, das gegenwärtig ungewöhnlich hohe Anforderungen an den jungen Menschen stellt und ihn mit mannigfachen Gefahren bedroht. Die Beanspruchung der tüchtigsten Arbeitskräfte durch den Krieg und die allgemeine Teuerung begünstigen eine Überanstrengung der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Folgen für den jungen Organismus verheerend sein müssen. Auch die gesundheitliche Verfassung der Jugend, noch so viel gepflegt und gerettet wird, hat ihre eigentliche Ursache in den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen der Kriegszeit.

Der durch die berufliche Überanstrengung geschwächte jugendliche Organismus verliert die Widerstandskraft gegen die Reizmittel, die Geist und Körper unserer Jugend bedrohen, gegen Kino und Schundliteratur, Alkohols- und Tabakgenuss. Hinzu kommt, daß ein großer Teil unserer schulentlassenen Jungen und Mädchen gerade in dieser gefährlichen Situation der Führung beraubt ist, da ihnen der Vater durch den Krieg entzogen ist, die Mutter durch wirtschaftliche Sorgen in Anspruch genommen wird. Bei dieser Zeit so schwieriger Erziehung sind die Arbeiterkinder in der Regel in der Lage, sich der freien Jugendbewegung anzuschließen, die die Notwendigkeit und Kulturbedeutung unserer Jugendbewegung für die arbeitende Jugend und Arbeiterkinder, ihre freie Zeit in einer der Jugend angenehmen und für ihre Entwicklung nützlichsten Weise zu verbringen. Durch Vorträge, Bibliotheken, Museumsbesichtigungen, Theateraufführungen, Konzerte, geistliche Zusammenkünfte, Jugendheim, gemeinsame Wanderungen und Spiele wird dafür gesorgt, daß Körper und Geist gleichermäßen zu ihrem Rechte kommen. Dazu erhalten unsere jungen Anhänger alle zwei Wochen ein illustriertes Blatt, die 'Arbeiter-Jugend', ausgegeben durch die Verwaltungen auf die Arbeiter-Jugend entgegengenommen. Wo eine Zentrale nicht vorhanden ist, werde man sich an die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen ergeht darum der Ruf, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf die freie Jugendbewegung hinzuweisen und für sie die 'Arbeiter-Jugend' zu abonnieren. Damit dienen sie ihren eigenen Interessen und denen ihrer Kinder, und damit leisten sie zugleich einem der wichtigsten Unternehmen unserer proletarischen Kulturbewegung, der freien Jugendbewegung, die Unterhaltung, der diese zur Erfüllung ihrer großen Aufgabe bedarf. Fast in jedem Orte besteht ein von der organisierten Arbeiterfamilie geleiteter Jugendausflug, der den Verwaltungen auf die Arbeiter-Jugend entgegengenommen. Wo eine Zentrale nicht vorhanden ist, werde man sich an die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Die Arbeitslosigkeit im Januar.

Im Januar hatten 848 Zweigvereine unter ihren 76 894 Mitgliedern 5000 Arbeitslose, die an dem Dezemberbericht beteiligten 850 Vereine unter 81 801 Mitgliedern 6291 Arbeitslose. Am Monatsanfang waren im Januar 2788, im Dezember 3223 Mitglieder arbeitslos. Auf das Verhältnis zum Januar der Mitglieder berechnet, betrug die Zahl der insgesamt gemeldeten Arbeitslosen im Januar 05, im Dezember 77, die Zahl der an Schlusse der

beiden Monate arbeitslos gemeldeten Mitglieder im Januar 86 und im Dezember 40. Die Arbeitslosigkeit war demnach im Laufe des Monats auf dem Schlusse des Jahres etwas geringer als im Monat zuvor. Diese Abnahme erstreckte sich jedoch nicht auf alle Landesteile. In Ostpreußen, Posen, Westfalen, Württemberg und Elsaß-Lothringen nahm die insgesamt gemeldete Arbeitslosigkeit etwas zu, gleichfalls in Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Hessen, Westfalen, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen sowie in Schleswig-Holstein, Hamburg die am Monatsanfang verbliebenen Arbeitslosigkeit. In der Rheinprovinz und in Württemberg, Baden, Pfalz ergaben sich für den Monatsanfang in beiden Monaten die gleichen Verhältniszahlen. Die größte Arbeitslosigkeit hatten, ähnlich wie im Monat zuvor, wieder Ost- und Westpreußen, Posen, Braunschweig, Württemberg, Schlesien, Elsaß-Lothringen. Die Arbeitslosigkeit betrug in diesen Landesteilen etwa das Zweifache des Reichsdurchschnitts.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit zeigte allgemein eine Zunahme der auf einen Arbeitslosen durchschnittlich entfallenden Arbeitslosentage. Im Januar hatten die 5000 gemeldeten Arbeitslosen 68 011 Arbeitslosentage durchgemacht oder ein Arbeitslosentag durchschnittlich 13,6 Tage. Im Dezember entfielen auf 6291 Arbeitslose 78 204 Arbeitslosentage oder auf einen Arbeitslosen 12,4 Tage. Eine Ausnahme von dieser zunehmenden Dauer der Arbeitslosigkeit bildeten nur die Rheinprovinz, Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. In diesen Landesteilen nahm die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit um 6 bis 0,7 Tage ab, in den anderen Landesteilen nahm sie um 0,8 bis 0,9 Tage zu. Berlin hatte in der letzten Woche des Monats 4970 Mitglieder 270 oder auf ein Mitglied der Mitglieder berechnet, 56 Arbeitslosentage, gegen den Vormonat um 21 vom Tausend, also eine kleine Zunahme. Berlin eingerechnet, stellt sich die Arbeitslosigkeit im ganzen Reich am Schlusse des Monats auf 3017 Arbeitslose, oder 37 (40) vom Tausend der 81 840 Mitglieder. Es ergibt sich seiner Arbeitslosigkeit die des Reiches um 1 vom Tausend. Von den 5000 Arbeitslosen dieses Monats fanden 1831 oder 366 (400 im Dezember) vom Tausend unserer Arbeitslosen, davon 1473 oder 294 (355) vom Tausend im Württemberg und 358 oder 72 (45) vom Tausend in anderen Verufen. 178 Arbeitslose oder 35 (21) vom Tausend reisten ab; 258 oder 52 (57) vom Tausend schieden aus nicht näher festgestellten Gründen aus der Kontrolle aus. Die am Schlusse des Monats vorhandenen der insgesamt gemeldeten Arbeitslosen 547 (512). Von den Arbeitslosen blieb somit diesmal ein größerer Teil arbeitslos als im Dezember.

Table with columns: Monat, Arbeitslose, Arbeitslosentage, etc. Includes data for 1915 and 1916.

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Januar 1916.

Large table with columns: Landesteile, Mitglieder am Schlusse des Monats, Am Laufe des Monats arbeitslos gemeldet, Arbeitslos im Monat, etc. Lists data for various regions like Ostpreußen, Westpreußen, Posen, etc.

seigte einen kleinen Rückgang. Es betrug 3,6 Tage gegen 3,7 Tage im Dezember. Auf die 25 Verträge des Januar entfielen demnach 0,89 Arbeitslose.

Table with 12 columns: Nummer des Bauvertrages, Maurer, Zimmerer, Klempner, Schlosser, Tischler, Maler, Glaser, Klempner, Schlosser, Tischler, Maler, Glaser. Rows 1-14 showing counts for each profession.

80 | 46 | 36 | 16 | 18 | 6 | 134 | 63 | 128 | 50 | 18 | 11 | 16 | 6

Bei den Statistiken und den Hefenlegern gab es auch diesmal verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen.

Die hier noch Gruppen von Arbeitslosen über die Dauer der Arbeitslosigkeit gegebene Auskunft ist, weil entbehrlich, fortgelassen, dafür wird die Zahl der am Monatsabschluss arbeitslos gebliebenen Mitglieder fortgesetzt auch nach Verufen angegeben werden.

Schätungsämter und Stadtstaaten.

Die preussische Regierung hat vor einiger Zeit zwei für das Baugewerbe außerordentlich wichtige Neuerungen vorgeschlagen, nämlich ein Gesetz betreffs Einrichtung von Schätungsämtern und ein zweites Gesetz betreffs Einrichtung von Stadtstaaten.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung von Schätungsämtern ist in der Hauptsache folgende Bestimmungen: 1. Jeder Stadtbezirk hat für seinen Bezirk ein Schätungsamt zu errichten.

6. Gewerksmäßige Grundstücks- und Hypothekenshändler und -vermittler dürfen nicht mit dem Amt eines Schätzers betraut werden, ebenso wenig die Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder und Angestellten von Terracingesellschaften.

Der Gesetzentwurf über die Stadtstaaten ist gewissermaßen eine Ergänzung zu dem ergründeten Gesetzentwurf über umgekehrt. Das neue Wort „Stadtstaaten“ mag uns unbeschaffen vorzukommen, jedenfalls ist der Zweck, der mit diesen neuzubildenden Organismen erreicht werden soll, durchaus lobenswert.

Die Schätungsämter sind zur Verfertigung der gefälligen Schätzungen zu verwenden. Ein zweiter Paragraph des Entwurfs handelt von der Art, in die zehn Millionen Mark beschafft und bernagt werden sollen.

Zum Ablauf der Tarifverträge.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Zweigvereins Section befähigte sich am 22. März mit dem Ablauf der Tarifverträge. Nach Vertretung durch den zentralen Verhandlungen in Berlin und von der am 27. Februar hier selbst stattgefundenen Bezirkskonferenz

feiner Weise den Forderungen und Vereinbarungen anderer Gewerkschaften entspräche und auch in keinem Verhältnis zu der eingetretene Teuerung stehe. Verhandlungen wurden ebenfalls abgelehnt. Die Versammlung am 22. März war der Ansicht, daß, wenn das der Unternehmer sein erheblich höheres Angebot gemacht werde, eine tariflose Zeit vorzuziehen sei.

Nochmals: Keine Zurechnung der Öffentlichkeit!

Eine kleine Auffassung zu dem Kapitel „Kriegssteuerung im Baugewerbe im heimisch-wirtschaftlichen Industriegebiet“ überschreibt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Blatt des Westdeutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe, in seiner Nr. 12 vom 19. März einen Artikel, der geeignet und wohl auch darauf berechnet ist, die Öffentlichkeit irrezuführen.

Diese Rechnung ist geradezu bei den Haaren herbeigezogen. Erstens deshalb, weil, wie schon gesagt, nach dem Vertrag bei ausreichenden Lichtverhältnissen auch im Winter die normale Zeit gearbeitet werden kann. Zweitens deshalb, weil durch die Rechnung der Anführer erweist, als könnten alle Bauarbeiter im Winter so lange arbeiten, wie jene Kolonnen angeblich gearbeitet haben, für die ausreichendes Licht da war.



Industriegebiet wieder die lange Arbeitszeit von früher ihren Eingang hatten möge. ...

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der Fehlarbeit vom 27. März.

Aus dem Bezirk Bremen ist diesmal kein Bericht eingetroffen. Das Ergebnis umfaßt deshalb nur 819 Zweigvereine, von denen 308 mit 77 473 Mitgliedern beschäftigt sind.

In den Bezirken Hamburg und Straßburg ist die Arbeitslosigkeit gegenüber der Vorwoche etwas gestiegen, in den übrigen Bezirken hat sie abgenommen.

Table with 4 columns: Bezirk, Zahl der Zweigvereine, davon haben beschäftigt, in den berichtenden Zweigvereinen, betrag die Arbeitslosigkeit am 27. März 1916.

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Table with 10 columns: Bezirk, Nummer, Arbei. arbeitslos, männl., weibl., Gesamt, in der Bauindustrie, in anderen Gewerben, in der Landwirtschaft, in sonstigen Gewerben.

Berichte.

Frankfurt a. M. (Jahresbericht). Das Jahr 1915 hat auch unseren Zweigverein schwer getroffen. Die private Bauwirtschaft, abgesehen von notwendigen Umbauten, blieb fast vollständig ruhig.

Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte. Wie der Krieg auf das Baugewerbe Zweigvereinsgebiet gewirkt hat, zeigt eine Gegenüberstellung der erteilten Baubescheide.

Table with 5 columns: Arbeitsort, Offizielle Arbeiter, Ungefähre Arbeiter, Ergänzungsleistungen, insgesamt.

Neben dem waren an der Mainanfanstation abgebauten Felsenstein und Gips 44 gelehrte und 300 ungelehrte Arbeiter beschäftigt, darunter 200 Kriegsgefangene.

Die Zahl der arbeitslosen Arbeiter ist im Vergleich mit dem Jahre 1913. Gemeldet wurden 1913 400 offene Stellen, 1915 (bei weniger als der Hälfte Beschäftigten) 690 offene Stellen.

Table with 4 columns: Berufsgruppe, Angefordert, Befehle erteilt, nicht befehlt.

Am 1. April sollte nach dem bestehenden Tarif eine Lohnreduzierung von 1/3 eintreten, die auch mit wenigen Ausnahmen, wo wir etwas nachhelfen mußten, glatt angenommen wurde.

Die Verwaltungsverhältnisse in den Baustellen war durch die fortwährende Einberufung weiterer Kollegen aus den Baustellenverwaltungen einem sehr häufigen Wechsel unterworfen. Einige Baustellen ließen ihre Tätigkeit vollständig ein, in zwölf Baustellen übernahmen die Frauen der eingekerkerten früheren Kassierer die Geschäfte.

Das von den hier geschilderten Zuständen und Vorgängen die Mitgliederbewegung und Massenverhältnisse sehr stark beeinflusst werden müßten, ist begründet. Die Zahl der Mitglieder ist im Jahre 1915 um 2151, und zwar von 4224 auf 2073 zurückgegangen.

jährlich in vier Fällen N 136,18 ausgegeben. Die Jahreserinnahmen der Zweigvereinskasse betragen mit Kassenbestand von Vorjahr in der Höhe von N 129 920,83 N 160 409,39, die Ausgaben N 83 747,30, verbleibt Kassenbestand N 77 178,83, wovon N 70 000 zurückgelegt angelegt sind. Von den Ausgaben sind für Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer zu Ostern und an die Familien lediger Kollegen zu Pfingsten und Weihnachten, ferner an 231 Familien gelebener Kollegen als Sterbegeld insgesamt N 30 310 ausgegahlt worden.

Mit dem Jahresbericht beschäftigte sich am 19. März eine Generalversammlung, die von 7 Mitgliedern des Zweigvereinsvorstandes, 70 Delegierten (darunter 12 Frauen) aus 19 Bezirksstellen, 3 Vertretern der Spezialgruppen und 4 Kollegen als Vertretern der größeren Arbeitskreise besucht wurde, das uns das Verzeichnis der Entlassungen. Die Generalversammlung erklärte sich nach kurzer Aussprache mit der Tätigkeit des Zweigvereinsvorstandes einverstanden und beschloß einstimmig die Entlassung. Der bisherige Vorstand wurde hierauf einstimmig wiedergewählt. Dann beschäftigte sich die Generalversammlung unter anderem noch mit dem Antrag des Zweigvereins und erklärte sich nach einem Vortrage des Kollegen Wilhelm Schneider mit den bis jetzt von den Verhandlungsinstanzen getroffenen Maßnahmen einverstanden.

Leipzig. Am 20. Februar nahm die Generalversammlung unseres Zweigvereins den Jahresbericht entgegen. Wenn im vorliegenden Bericht die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß uns das neue Jahr den Frieden bringen würde und daß die uns noch fernschwebende sich alle der Organisation anschließen möchten, so hat sich leider beides nicht erfüllt. Die Bautätigkeit war im vergangenen Jahre sehr gering. Arbeitsbauten fehlten fast ganz, so daß in der Hauptsache nur Gleisans- und Bauunterstützungen im Vordergrund standen. Kriegsbauten waren so gut wie gar nicht vorhanden. Die Bautätigkeit im laufenden Jahre dürfte noch ungenügender sein, was auch auf die Organisation nicht ohne Einfluß bleiben wird. Im Januar 1915 waren 233 Familien vorhanden, im Februar 181, März und April 1915 17 Arbeitskreise und Liebeskreise gegen 246 im Februar 1914. Von den Bauten wurden im Januar 1915 und 40 gegen 95 im September 1914. Gegen 1915 ist die Differenz noch größer. So waren 1914 1507 Frauen, 111 und 111 im Januar bei der Hauptzeit angemeldet, gegenüber 600 im Jahre 1915. Der große Mangel an Arbeitskräften war sehr schwer auf die Zahl der Beschäftigten ein. Vor Ausbruch des Krieges waren in Leipzig 7000 beschäftigte Kollegen. Nach einer im September 1914 vorgenommenen Zählung waren nur noch 4633 beschäftigte vorhanden, davon 1480 Zimmerer und 2000 Mitglieder, meist 184 Arbeiterinnen. Bei einer weiteren Zählung im Januar 1915 waren nur noch 1415 beschäftigte Kollegen. Die dadurch entstandene außerordentliche Arbeitslosigkeit wurde nur durch die fortlaufenden Einberufungen zum Wehrdienst und die Annahme von Arbeit in anderen Zweigen teilweise wettgemacht. Todesfälle waren im Januar 1915 1190 arbeitslose Mitglieder vorhanden, das sind rund 26,8 pzt. der gesamten 4800 Mitglieder. Dieses ungünstige Arbeitsverhältnis hielt bis in den Sommer an. Da es sich nicht mehr durch die Einberufungen im verfallenen Jahre einen größeren Prozentsatz zu buchen ließ. Vor Kriegsausbruch zählte der Verein 7289 Mitglieder, am 1. Januar 1915 waren es 4603 und am 1. Januar 1916 nur noch 2683. Bis 1. Januar 1916 waren zum Wehrdienst 2684 oder rund 55,1 pzt. unserer Mitglieder eingezogen. Davon ergibt sich, daß wir seit Ausbruch des Krieges außer den zum Wehrdienst eingezogenen rund 710 Mitglieder verloren hatten. Bis 1. Januar 1916 waren von den eingezogenen 204 als gefallen oder gestorben gemeldet. Das untere sehr ungünstige Verhältnis der Tätigkeit der Bevölkerung sehr ersichtlich und nicht immer von Erfolg gekrönt war, ist ersichtlich. Die Unternehmer verstanden es vorzüglich, die Situation für sich auszunutzen. Besonders in den Metallbetrieben kamen eine Reihe Tarifverträge vor. In diesen Betrieben wurde die Lebensunterhaltung systematisch betrieben. Leider hat sich die Mehrzahl der Kollegen in einzelnen Betrieben nicht entschließen können, die Arbeitslosigkeit künstlich zu verlängern. Auch der Wegfall der Wehrparade führte zu wiederholten Differenzen. Obwohl sich gerade mit dieser Frage drei Versammlungen beschäftigt und beschloßen haben, daß die Wehrparade einbezogen werden muß, gab es doch eine Reihe von Kollegen, die sich den Beschloßen nicht fügten und sich einfach über die Tarifbestimmungen hinwegsetzten. Als Einheitslösung führten sie den Votomangel an. Das eine solche Handlungsweise den Unternehmern willkommen war, ist selbstverständlich, und selbstverständlich ist es auch, daß unter solchen Umständen die Beschloßen der Organisation sehr wenig Erfolg hatten, so daß sogar die Schlichtungskommission nichts zur Besserung dieses Zustandes beitragen konnte. Immer wieder muß den Kollegen gesagt werden: Halte die Tariftabelle fest!

Nicht lange nach Ausbruch des Krieges hat sich auch in Leipzig eine Ortsgruppe der Kriegsarbeitsgemeinschaft gebildet. Ihr Zweck ist die Förderung der Bautätigkeit. Es wurden von ihr auch einige Eingaben an die maßgebenden Behörden gemacht, die aber keinen Erfolg hatten. Es zeigte sich sehr bald, daß diese Arbeiterorganisation nicht die Vorteile zu bringen konnte, weil gerade das, was zum Bau an notwendigen ist, Geld, nicht beschafft werden konnte. Außer den Eingaben ist von der Arbeitsgemeinschaft auch nichts geleistet worden, und jetzt ist deren Tätigkeit so gut wie eingestillt. — Wegen der ungenügenden Förderung der Arbeitsgemeinschaft hat sich der Zweigverein ebenfalls, gemeinsam mit dem Verband der Zimmerer vom Arbeitgeberverband die Gewährung einer Zuweisungsgulde zu fordern. Obwohl der Arbeitgeberverband die Zuweisungsgulde nicht ablehnen wollte, so ist die Zuweisungsgulde grundsätzlich ab mit der Begründung, die Gewährung einer solchen Zuweisungsgulde würde ein Eingeständnis der Arbeitslosigkeit einbringen und Arbeitslosen zu machen, wodurch das Einkommen wesentlich gesteigert werden könnte. Von der langen Begründung zur Ablehnung ist eine Meinung besonders interessant, nämlich: „Hierzu kommt noch, daß bei Ausübung dieser Arbeiten die dem Lohne ange-

messene Arbeitsleistung, auf die der Arbeitgeber nach dem Tarifvertrage Anspruch haben soll, eine recht ansehnliche Einschränkung erfahren hat infolge der Einberufung so vieler Arbeiter, deren Leistungsfähigkeit den vereinbarten Lohnhöhen zur Grundbedeutung und an deren Stelle jetzt eine wesentlich größere Zahl minderleistungsfähiger Arbeiter beschäftigt werden muß.“ Die Antwort wurde einer Versammlung unterbreitet, die in scharfer Weise das Verhalten der Unternehmer beurteilte. Im Geschäftsjahre hatten wir elf Baupersonen, davon acht wegen rückfälligen Lohns, zwei wegen Nichtentlohnung des Tarifs und eine wegen schlechter Behandlung. Von den Sperren hatten jedoch vollen Erfolg. Es wurde für 75 Kollegen die Nachzahlung des Lohnes in Höhe von N 1432,21 erreicht. In vier Fällen, wo die Sperren erfolglos waren, hatten jedoch 11 Kollegen zu fordern. Eine Reihe von Tarifvertragsverletzungen waren in der Section der Pflegetage zu regeln. Einige Firmen dieser Branche versuchen immer wieder, den Tarif zu umgehen, und leider finden sich immer wieder Leute, die unter Tarif arbeiten. Hauptächlich gilt dies für die Gruppen Günter und Grunfelder & Lange. In den Gruppen der Pfeilener und Steinpfeleger kam es wiederholt zu Differenzen durch den Arbeitsnachweis. Die Firmen versuchten verschiedene, außerhalb des Tarifgesetzes Wege einzuschlagen, obwohl es nach den bestehenden Bestimmungen nicht zulässig ist. Auch einige Differenzen bezüglich der Auslösung waren zu regeln. Sie sind zum Gunsten der Kollegen geregelt worden. Die meisten Differenzen gab es im Weinbau. Fast an allen Bauten wurden Verbesserungen gemacht, obwohl in mehreren Versammlungen beschloßen wurde, Verbesserungen unter allen Umständen zu vermeiden. Aber auch eine Reihe Fälle kamen vor, wo der Tarif nicht voll beachtet wurde, und es ist nicht in allen Fällen gelungen, den Kollegen zu ihrem vollen Recht zu verhelfen. Hinsichtlich der von den Kollegen der Verwaltung viel zu spät nachgeholt. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß bei allen Differenzen der Organisationsleitung rechtzeitig Mittelstellen zu machen ist; nur dann wird es möglich, die Tarifbestimmungen voll zur Durchführung zu bringen.

Doch unter den ungünstigen Arbeitsverhältnissen im Berichtsjahre unsere Arbeitsverhältnisse sich ebenfalls ungünstig entwickelten, ist ganz selbstverständlich. Die Einkommen der Kolonnen betragen mit dem Kassenbestand N 490 768,19 (gegen N 580 257,12 im Jahre 1914), die Ausgaben N 211 905,68 (gegen N 307 523,32 in 1914), was eine Rückbildung des Kassenbestandes um rund N 187 214 (von N 732 793,80 auf N 545 579,80) bedeutet. An Unterstützungen sind 1915 gezahlt worden: Arbeitslosenunterstützung N 3327,65, Frauenunterstützung N 4461,20, Sterbegeld N 7045, Postdienstunterstützung an Arbeitslose N 5422,50, Familienunterstützung N 70 554, Mitgliedschaften N 467. Immerhin konnten trotz des schlechten Geschäftsganges an die Hauptkasse noch N 63 311,20 abgeliefert werden, gegen N 104 126,99 im Jahre 1914. Das sind ganz gewaltige Opfer, die uns der Krieg auferlegt hat und die ausschließlich den Mitgliedern und deren Angehörigen zugute gekommen sind. Sie zeigen aber auch, wie sehr die Bedeutung im vergangenen Jahre geleistet hat, müßte jedem einzelnen Kollegen vor Augen führen, wie notwendig es ist, mit allen Mitteln für deren Ausbau zu sorgen. Nach der Summe von N 129 377,85, die der Zweigverein an Unterstützungen im Geschäftsjahre geleistet hat, ist ein weiterer Betrag von N 1500,35 für eine Liebesgabe an die zum Wehrdienst eingezogenen Kollegen vorausgesetzt worden. Dieser Beschluß des Zweigvereins, den Kollegen draußen im Felde eine kleine Freude zu bereiten, hat gegen Widerstand gefunden. Summe von Unterstützungen dieser Art, die der Zweigverein als Zeichen der treuen Kameradschaftlichkeit. Die Kollegen sprachen ihre Freude darüber aus, daß die Organisation auch ihrer dachte, obwohl sie durch den Krieg von ihr losgerissen waren. Obgleich gewaltige Anstrengungen gemacht werden, um die Organisation für die kommende Zeit stark zu erhalten. Zwei Faktoren sind es, die uns große Schwierigkeiten in der Agitation bereiten: die ganz schlechte Bautätigkeit und die ungenügende Verteuerung aller Nahrungs- und Bekleidungsgegenstände. Die Verteuerung der Lebensmittel. Von einigen Kollegen wurde dann auf die Forderung des „Grundstein“ verwiesen und ausgeführt, daß besonders eine Kräftigung des Willens nicht geeignet wären, die Geschlossenheit zwischen Partei und Gewerkschaften zu erhalten. Diesbezügliche Anträge, die gestellt wurden, wurden zurückgewiesen, nachdem die Verwaltung erklärt hatte, daß sich der Vorstand bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe und der Wehrleistung ein Antrag wegen der Forderung des „Grundstein“ eingegangen sei. Zur Tarifbewegung wurde das Augenmerk des Unternehmers als ganz ungenügend bezeichnet. Die Stellungnahme unserer Vertreter bei den zentralen Verhandlungen wurde einstimmig gutgeheißen.

Reichenbach i. V. (Jahresbericht) In einer Bauarbeiterversammlung im Kreislinghölzer Hof erstattete zunächst Kollege Böhm den Quartalsbericht. Auf Antrag der Behörden wurde der Kollege entlassen. Der Vorsitzende, Kollege Dierfel, gab sodann den Jahresbericht. Viele Bauarbeiter haben im letzten Jahre mit viel und Geld zu kämpfen gehabt. Sie konnten sich und ihre Familien fast über Wasser halten. Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild: Eingetretene sind 6 Kollegen, 494 sind 16, abgetreten 67, gestorben 1. Zum Wehrdienst eingezogen sind 86 und wegen Wehrdienstausfalls wurden 84 Kollegen getötet. Versammlungen fanden im Berichtsjahre sechs statt, wovon vier beim Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes. Die Kasse ist viermal geprüft worden. Arbeitslos sind 169 Kollegen gemeldet; die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 2701. Für diese Arbeitslosen wurde den 169 Kollegen aus der Hauptkasse N 3099,70 ausgegahlt. Den Frauen und Kindern, deren Ernährer zu den Zahlen einbezogen worden sind, wurden durch zweimalige Unterstützung N 2015 ausgegahlt. Im ganzen sind bis Schluß des Jahres 1915 100 Kollegen zum Wehrdienst eingezogen worden. Anfang des Jahres haben sich auch die Kassenverhältnisse der Lokalfasse verbessert. Im Beginn des Berichtsjahres war ein Vermögen von N 3006,38 vorhanden; dieses ist im Laufe des Jahres auf N 2084,45 zurückgegangen. Kollege Dierfel leitete dann aus Gesundheitsrückfällen sein Amt als Vorsitzender nieder. Nach einer

allgemeinen Aussprache wählte man den Kollegen Wilhelm Doll als Vorsitzenden. Weitere Neuwahlen wurden nicht vorgenommen. Die nächste Versammlung wird zum Tarifabschluss Stellung nehmen. Darum ist es Pflicht aller Bauarbeiter, sich in den nächsten Versammlungen einzufinden.

Wiesbaden. (Jahresbericht) Am 5. März fand die Generalversammlung des Zweigvereins statt. Anwesend waren 30 Delegierte aus 17 Bezirksstellen. Den Jahresbericht erstattete Kollege Gaeje. Im Berichtsjahre wurden nur zwei größere Arbeiten in Angriff genommen: der Neubau der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft und des Johannistifts. Die zweite Bautätigkeit liegt vollständig danieder. An eine Befreiung ist auch im kommenden Jahr nicht zu denken. Der Neubau des Museums, der Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses, die Schule an der Lahnstraße, der Weidenbau bei Wiesbaden a. Rh. wurden fertiggestellt, während die Landesbank, das Museum II, die Unteroffizierschule in Friedrich a. Rh. ihrer Vollendung entgegengehen. Anbautriebauten fehlen in Wiesbaden ganz. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Baugenehmigungen in Wiesbaden 488, 1914 noch 380; im Jahr 1915 auf 98. Von den 98 Baugenehmigungen waren 22 für- und Umbauten, 1 Nebengebäude und 1 Gärtnerhaus, 15 Schuppen und Ställe, 3 Einfriedigungen, 24 Dispense und 28 sonstige Fälle. Wenn trotz dieser geringen Bautätigkeit die Arbeitslosigkeit nicht allzu hoch war, so lag das daran, daß durch die fortgesetzten Einberufungen zum Wehrdienst die Arbeitslosenmenge von 8000 auf 10 214 festgestellten Arbeitslosen und einer Durchschnittsmittelgröße von 810 unter Zugrundelegung der am Monatschluß festgestellten Mitgliederzahlen nur 12,6 Tage. Arbeitslosenunterstützung wurden für 4941 Unterstützungsstage N 4631,35 ausgegahlt. Die Zweigvereinskasse mußte neben der allgemeinen Verwaltungsgeldarbeit auch eine erhöhte Tätigkeit in Unterstützungsfragen der Angehörigen von Kriegsteilnehmern entfalten. Besonders in den Landgemeinden ist infolge der langen Dauer des Krieges, der Verdärmslosigkeit und Arbeitslosigkeit vieler Gemeindevorstände und vieler auch der Kreisverwaltungen die Not in den Arbeiterfamilien fast unerträglich. In vielen Fällen, wo die Frauen die Hilfe der Organisationsleitung in Anspruch nahmen, gelang es, für die betreffenden Familien einen höheren Zuschuß zur Staatsunterstützung zu erzielen. Besonders waren es die Gemeindevorstände, die den Frauen bei ihren Gesuchen um erhöhte Unterstützungen erhebliche Schwierigkeiten machten. Viele Frauen verjähren es leider, ihren Antrag weiter zu verfolgen und an den Kreisausfuhr gehen zu lassen. Um die Frauen über alle Fragen der Kriegsunterstützung aufzuklären, wurden in Verbindung mit der Auszahlung der Unterstützung von Verband 28 Frauenversammlungen abgehalten. Im Anfang des Jahres wurde ein Ortsausfuhr Wiesbaden der Kriegsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe gegründet, um höhere und noch den Krieg zur Befreiung der Bautätigkeit Anstrengungen zu geben. Von allen Bauern des Baugewerbes sind darin Arbeitgeber und Arbeiter vertreten. Sitzungen fanden 5 statt. Durch das Zurückgehen der Arbeitslosigkeit wurde die Tätigkeit etwas eingeschränkt, sie wird aber bei Herabbildung des Krieges desto wirksamer werden. Die im Jahre 1914 nach Ausbruch des Krieges wurde auch die Schlichtungskommission beschlossene Vertiefung der Arbeitszeit von neun auf zehn Stunden täglich wurde auch im Berichtsjahre beibehalten. Die sonstigen Bestimmungen des Vertrages wurden im allgemeinen erfüllt. Leider waren die Bestimmungen des Zweigvereinsvorstandes, für die am Neubau der Landesbank und der Wilhelm-Gesellschaft beschäftigten Maurer, Zementmaler und Hilfsarbeiter eine Zuweisungsgulde zu erwirken, erfolglos. Die Unternehmer verweigerten uns an die Bau- und Hilfsarbeiter. Das Ministerium erkannte zwar die Notlage der Arbeiter an, erklärte sich jedoch abgeneigt, etwas zu tun. Am Neubau der Landesbank ergaben sich die Einflüsse eine Erhöhung des Stundenlohnes von 3 beziehungsweise 4. Den am Frankfurter in 1914 eingezogenen 1000 beschloßen Kollegen wurde durch Verhandlungen mit der Firma Anton Giff, Frankfurt a. M., eine Lohnerhöhung von 5 3 die Stunde erwirkt. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden in 11 Vorstandssitzungen und 4 Generalversammlungen erledigt. In den Bezirksstellen fanden 57 Versammlungen und 45 Sitzungen beziehungsweise Besprechungen statt. Der allgemeinen Agitation dienten zwei Versammlungen, in denen die Kollegen Süttmann und Rappold referierten. Bauversammlungen, Wählerkontrollen und Besprechungen wurden 178 abgehalten. Die Mitgliederbewegung wurde durch 16 weiteren Eintritten zum Wehrdienst stark beeinflusst. Seit Beginn des Krieges waren von den am Schluß des zweiten Quartals 1914 noch vorhandenen 1988 Mitgliedern 1195 zum Kriegsdienst eingezogen. Bis zum Jahreschluß waren 80 Kollegen als gefallen gemeldet. Am Schluß des Jahres 1914 betrug die Mitgliederzahl des Vereins 1068. Im Jahre 1915 sind neu eingetretene 118, abgetreten haben sich 40, vom Militär zurückgemeldet 89 Kollegen. Abgetreten sind 35, wegen Berufswechsels ausgetreten 22, gestorben 9, wegen Wehrdienstes getöteten 187 und 411 Kollegen wurden zum Wehrdienst eingezogen. Die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1915 betrug 624. Von den vorhandenen Mitgliedern waren 850 Maurer, 133 Hilfsarbeiter, 42 Erdarbeiter, 24 Zementmaler, 62 Stuckateure und 14 Pflegetage. — Die Abrechnung der Hauptkasse weist eine Einnahme und Ausgabe von N 33 317,05 (mit dem Zuschuß aus der Hauptkasse von N 11 500) auf. Von den Ausgaben sind an die Hauptkasse abgegangen N 5322,94 für Krankenunterstützung am 46 Mitglieder für 960 Tage ausgegeben N 757,30, für Arbeitslosenunterstützung an 25 Mitglieder N 298,75, Unterstützung in Todesfällen an 10 Mitglieder N 900, Kriegsunterstützung in Postfällen an 247 Mitglieder N 4253,20, an 876 Familien der zum Wehrdienst eingezogenen Mitglieder N 16 804, Unterstützung bei Streiks N 15,45. N 886,01 haben wir von der Hauptkasse zurückzuführen für im vierten Quartal 1914 verauslagte Vorstandunterstützung. Die Einnahme der Zweigvereinskasse betrug bei einem Bestand am Schluß des Jahres 1914 von N 3354,86



